

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Gebrüder

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntage mit der illustrierten Beilage „Zeitsbilder“. Sonntige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurznote; der Berliner Börsen- und amerikanischem Funkenschein, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Musikblatt, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wandlung.

Wöchentlich 1.— Mark (dann 75 Pfennig Bestellgeld). Bei Auslieferung auf Abrechnung nach dem Postamt. Anzeigen mm-Zelle 15 Pfg. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Durch unsere Boten. Durch die Post monatlich 4.50 Mark für das Fernverkehrsamt Dönhofs 3038—3805. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 66.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur: (im Amt d. Handelst.) Carl Misch, Berlin. Druck: Manuscripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3038—3805, für das Fernverkehrsamt Dönhofs 3038—3805. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 66.

# Der Reichstag aufgelöst.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten. — Einstimmiges Votum des Reichskabinetts. — Termin der Neuwahlen noch nicht bestimmt.

Berlin, 20. Oktober. (Mittlich.)

Die Bemühungen des Reichskanzlers, die jetzige Reichsregierung zu erneuern, um ihr eine sichere Stellung im Reichstag zur Fortführung der bisherigen Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraufhin hat der Reichskanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinett beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen.

Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichskanzlers entsprochen und nachstehende Erklärung erlassen:

„Parlamentarische Verwirklichungen machen die Weiterführung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher besorgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.“

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident. Der Reichskanzler.

(ges.) Ebert.

(ges.) Marx.

Der Reichskanzler hat seine am Sonnabend gegebene Zusage eingehalten: Die Verhandlungen über die Regierungserklärung sind gegen beendet worden. Die Kritik hat die Lösung gefunden, die vorausgesetzt war: Appell an die Wähler, Erfüllung des Reichstages und Ausarbeitung von Neuwahlen. Der Beschluß, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages vorzuschlagen, ist im Kabinett am 16. Oktober einstimmig gefaßt worden und ist am 17. Oktober dem Reichspräsidenten mitgeteilt worden. Die Erklärung des Reichspräsidenten ist dem Reichskanzler am 18. Oktober mitgeteilt worden. Sie hat nicht nur eine Bestätigung, sondern auch eine Bestärkung erfahren, indem auch wohlwollende Neutralität gegenüber dieser Regierung und die Bestätigung ihres Fortbestehens durch die Reichspräsidenten in den Reichstagsfraktionen geäußert war.

Die Herren auf der Rechten, die sich der Auflösung innewohnen hatten, die Demokraten wurden, ebenso wie die Deutschnationalen am 20. August, im letzten Augenblick ihrer Überzeugung untreu werden und unfaßlich, haben sich gerätlich gefügt. Die demokratische Fraktion hat gegen einen dem Sinne ihrer bisherigen ablehnenden Haltung einen Beschluß gefaßt, der jede Weiterführung des Reichstages unmöglich macht. Sie hat nicht nur eine Bestätigung, sondern auch eine Bestärkung erfahren, indem auch wohlwollende Neutralität gegenüber dieser Regierung und die Bestätigung ihres Fortbestehens durch die Reichspräsidenten in den Reichstagsfraktionen geäußert war.

Der Reichskanzler hatte die Einsetzung der Demokratie für 5 Uhr nachmittags erbeten. Um 4 Uhr erschienen die Abgeordneten 84 und Ersetzung beim Reichskanzler und überreichten ihm folgenden Beschluß der deutschnationalen Fraktion:

„Die Deutsche Deutschnationalen Fraktion hat wiederholt erklärt, daß nicht der geringste Grund für die Zerstückelung einer Regierungserklärung vorliegt. Wenn der Herr Reichskanzler sich entsprechend dem Geist der Erklärung entschloß, unbestimmt um die schwandende Aufgabe einzelner Fraktionen, mit dem jetzigen Kabinett vor dem Reichstag zu treten, so würde dieses Kabinett von dem Reichstag ein glattes Vertrauensvotum erhalten. Die schwere außenpolitische Gefahr, die mit der Einsetzung der Deutschnationalen in das Kabinett für drei unthronierten außenpolitischen Fraktionen verbunden ist, hat die Deutsche Deutschnationalen Fraktion wiederholt zu dem Beschluß veranlaßt, eine einseitige Erweiterung des Reichskabinetts nach rechts nicht mit ihrer Verantwortung zu befehlen. Die geplante Zusammenfassung des neuen Kabinetts, in das auch Deutschnationalen berufen werden sollen, die sich dem Vertrauensvotum gegenüber ablehnend verhalten haben, kann die Deutsche Deutschnationalen Fraktion in ihrer Haltung nur

## Zür die Republik.

Von

Anton Erkelenz, M. D. R.

Vorsitzendem des Parteivorstandes der Deutschen Demokratischen Partei.

Der durch den französischen Imperialismus des Herrn Poincaré, durch die Markzerstückelung und Inflation erzeugte Reichstag hat gendert. Ehe er recht ins Leben trat, erreichte ihr sein Schicksal.

Wenn dieser Reichstag überhaupt eine Lebensfähigkeit in sich hatte, so wurde selbst dieser Rest getötet, als die Deutsche Volkspartei sich am 20. August auf Oebel und Verderb mit den Deutschnationalen verband. Das war ein Bündnis des heutigen Imperialismus der Reaktion mit der heutigen Kurzsichtigkeit. Ihm ist es gelungen, der deutschen

Politik und der deutschen Wirtschaft just vor dem Beginn der Erholung einen Wühlkampf zu bereiten, der zunächst wieder alle Bemühungen für eine Weiterentwicklung gestoppt hat. In der Hoffnung, das Kabinett Marx im Sinne zu belassen, schickte man wieder an der Stubeleierzeit der freikonservativen Deutschen Volkspartei zu den Volkserneuerungen um Segen.

Nun handelt es sich um die Sicherstellung der Gesundheit in der deutschen Außenpolitik, die seit London angeheilt ist. Nun gibt es weitere Schritte zu tun, um Deutschland frei zu machen. Das schwer lebende Volk fordert mit Recht eine demokratische Innenpolitik, die als Grundlage einer demokratischen Außenpolitik Deutschlands wieder zur gleichberechtigten Stellung im Europa macht. Schwarz-Rot-Gold heißt die Wahlpforte.

bestehen. Daß die Fraktion, die dafür eintritt, das jetzige Kabinett in seiner Gesamtheit zu erhalten, ihre Zustimmung dazu gäbe, ein Mitglied ihrer Fraktion in einem ohne sie neu gebildeten Kabinett zu belassen, und daß sie durch einen derartigen hohen Schluß unfaßliche Verantwortlichkeiten (siehe, ist ein Verlangen, dem die Fraktion nicht entsprechen kann.“

Auch die Deutschnationalen waren erfüllt worden, sich bis 5 Uhr darüber schlüssig zu werden und zu äußern, ob sie bei einer eventuellen Erweiterung der Reichsregierung noch rechts für den angebotenen Rest sitzen im Kabinett erlauben würden. Die Fraktion lehnte ab. Die Deutschnationalen Fraktion lehnte am 2. Uhr nachmittags ab, warnte aber, daß sie ihren Beschluß bekannt gab, auf die Entschädigung der demokratischen Fraktion. Als diese Entschädigung um 6 Uhr noch nicht bekanntgegeben war, wurde die Fraktionslösung der Deutschnationalen auf heute vertagt.

Ein Wort über die Deutschnationalen dem Reichskanzler nicht gegeben. Man weiß nur, daß die deutschnationalen Fraktion den Deutschnationalen gefaßt hat, sich mit der Fraktion verhalte, daß sie aber im anderen Falle den Anspruch auf vier Sitze aufrechtzuerhalten wollen.

Der Wählung der demokratischen Fraktion hatte aber die Antwort der Deutschnationalen jede Bedeutung verloren; denn das Kabinett entschied sich sehr richtig, nimmte dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages vorzuschlagen. Die Zerstückelung wurde vom Reichspräsidenten schon in der letzten Abendstunde unterzeichnet und öffentlich bekannt gemacht.

Damit hat der Reichstag aufgehört zu bestehen. Die für Mittwoch anberaumte Plenarsitzung fand (schwerförmlich) nicht mehr statt; ebenso entfielen sämtliche Ausschüsse. Wenn die Neuwahlen stattfinden werden, steht noch nicht fest. Das hängt von der tatsächlichen Auswertung des Reichspräsidenten des Innern ab. Vermutlich wird der Termin heute oder morgen (son) zum Kabinett bestimmt werden. Die verfassungsmäßige Frist würde Neuwahlen spätestens am 14. Dezember gefaßt. Man wird aber nicht bei diesem äußersten Termin warten, sondern wahrscheinlich für den 30. November entscheiden. Die für Montag die Wahlen aufzuschieben. Nach der wohlwollenden Absicht sollen mit dem Reichstagsauflösung gleichzeitig die Wahlen zum preussischen und zum hessischen Landtage durchgeführt werden.

Am Reichstag hat gestern Abend die Mitteilung von der erfolgten Auflösung immerhin Überbahrung hervorgerufen. Besonders bei den Deutschnationalen hatte man noch immer damit gerechnet, daß ein Reichskabinett entstehen würde ohne die Herrscher. Die Wahlen werden die Wahlen aufzuschieben. Nach der wohlwollenden Absicht sollen mit dem Reichstagsauflösung gleichzeitig die Wahlen zum preussischen und zum hessischen Landtage durchgeführt werden.

Am 18. Uhr übertrug der Staatssekretär der Reichskanzler dem die Auflösungsverordnung des Reichstagspräsidenten Balfour. Die Ausschüsse des Reichstages, die schon Sitzungen

angefahrt hatten, sind aufgelöst worden. Die Fraktionen sollen als solche auch fort, jedoch ist es ihnen unbenommen, als die Vertrauensmänner ihrer Parteien in den Räumen der Reichstag auch weiter sich zu versammeln.

## Zür den Frieden.

Der Reichstag des 4. Mai ist tot. Er war eine Nachgeburt der bösen Zeiten, die das deutsche Volk im Jahre 1920 erlebt hat. Nicht lange später befehlte das französische Volk den verhängnisvollen Mann, der durch den Ruhrkampf nach Europa an den Rand seines Lebens brachte. Der Reichstag des 4. Mai hat im Geiste des Liebesfriedens. Das deutsche Volk muß dafür sorgen, daß sein Nachfolger im Zeichen des Friedens lebe.

Daß die Politik, die in London verhandelt worden begann, fortgesetzt werden muß, bedürfen nur noch die Annot-Führer, die mit dem Meier zwischen den Fäden herumtanzten und nicht begreifen wollen, daß ihre Rolle ausgepielt ist. Die Leute sind nicht mehr gefährlich. Um so größer ist die Gefahr, die von den Deutschnationalen droht.

Sie kann glauben, daß diese Partei prinzipieller Friederfüllung, die ihre Böhlerfolge der benachteiligten Seite gegen die aufbauende Politik verbannte, ehrlich bereit ist, anzutreten, was sie gegen verbrannte? Ihr Verfehlten zu den Richtlinien des Reichstagsmars war nichts als der Versuch, durch eine Hintertür, durch eine Hintertür zur Macht zu gelangen, nachdem ihre Expedition, daß der Reichstagsauflösung in der Einnahme der Partei gelungen werde, sich als falsch erwiesen hätte. Die Deutschnationalen Volkspartei hat hunderte Mandate durch die Hege gegen die Republik, gegen die Volkserneuerung und gegen die Weiterentwicklung erlangt. Das Reichstagsauflösung ist der letzte Gegenstand, durch die Art, wie sie den Wahlkampf führt, den Demos zu liefern, daß die Zerstückelung der Politik des Reichstagsmars nicht nur Zug und Zug gemeint ist. Wer zweifelt, daß eine Gruppe die sich den Namen Deutschnationalen beilegt — deutet sich selbst eine Sache um ihrer selbst willen tun — und freuden bereit sein wird, alle Zweifel an ihrer Ehrlichkeit durch die Tat zu überlegen? Was sie vor dem 20. August hundertprozentig verneinte und am Abstimmungs- und höchsten fünfzigprozentig behauptete, wird sie jetzt in der Wahlbewegung klar und unambiguiert, minderbildiger und hundertprozentig in Stadt und Land vertreten. Sie wird ihre neue genommene Überzeugung im Feuer der Wahl zu ihrem Glanz klären. Oder wird das Spiel auf neue neue dem? Das Spiel wird mit dem Kommt und den letzten Gebühnen der Wähler? Das Spiel, das brauchen im Land die Deutschen aufzulösen, nur um dem Antritt an ein paar Ministeriellei Kraft zu verleihen?

Die Deutsche Volkspartei ist um die Lage nicht zu benehden, in die sie durch die Stimm ihrer Führer geraten ist. Sie konnte glücken und scheitern. Sie braucht nun im Gebirg die Früchte reifen zu lassen, die die konsequente Weiterführung der Außenpolitik zu bringen verhofft. Sie hatte rechtzeitig den Schritt getan, den die Deutschnationalen, übel beraten und in der Hoffnung, als Erben des „Zimmern“